

Zur Kritik des Intersektionalismus

Das Schlagwort „Intersektionalität“ ist in den letzten Jahrzehnten ins Zentrum politischer und sozialwissenschaftlicher Diskussionen gerückt. Es steht für den Anspruch, sich überlagernde Herrschafts- und Ungleichheitsverhältnisse gleichrangig in ihrer Wechselwirkung zu fassen. Kein Ausbeutungs-, Unterdrückungs- und Diskriminierungsverhältnis, so der Tenor, lasse sich isoliert begreifen: Ökonomische Ungleichheit etwa könne nur im Zusammenhang mit Geschlechterverhältnissen verstanden werden, diese wiederum nicht ohne Berücksichtigung von Rassismus und anderen Unterdrückungsverhältnissen. Für viele steht dabei fest, marxistische Theorie und Politik seien im Kern „ökonomistisch“ und räumten dem Klassenwiderspruch zu Unrecht Vorrang gegenüber anderen gesellschaftlichen Konfliktlinien ein. Eine Minderheitenposition plädiert für eine Verbindung von Marxismus und Intersektionalität, allerdings letztlich unter Preisgabe des historischen Materialismus (siehe Stache in diesem Heft). So oder so erfreut sich Intersektionalität innerhalb und außerhalb sozialer Bewegungen und der akademischen Linken heute großer Beliebtheit.

Die Gründe für diese Popularität lassen sich hier nur umreißen. Die tiefgreifende Schwächung marxistischer Theorie und sozialistischer Praxis sowie die Dominanz eher poststrukturalistischer Ansätze in den Sozial- und Geisteswissenschaften dürften Faktoren sein. Zudem bietet „Intersektionalität“ ein begrifflich-theoretisches Instrumentarium, mit dem sich relativ leicht und nah an der eigenen Lebenswelt in akademische und politische Debatten einsteigen lässt. Außerdem lässt sich „Intersektionalität“ problemlos mit Antidiskriminierungs- und Diversity-Politiken verbinden, die in sozialen Bewegungen, Hochschulen und öffentlichen Einrichtungen großgeschrieben und auch von Unternehmen propagiert werden – wenn auch aus völlig unterschiedlichen Motiven.

Die reale Dringlichkeit, den Zusammenhang von Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen zu fassen, zeigen allein verschiedene soziodemographische Entwicklungen der vergangenen Jahrzehnte. Dazu zählen etwa die partielle „Feminisierung der Lohnarbeit“ (Z 110 und 120), die Diversifizierung der Lohnabhängigen unter anderem im Hinblick auf Migrationshintergründe und das Anwachsen des prekären Beschäftigungssektors. Die Frage nach dem Verhältnis verschiedener Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnisse entspringt also nicht bloß politischer Konjunktur, sondern materieller gesellschaftlicher Realität, die der Analyse und Bearbeitung bedarf.

Gegenstand dieses Beitrags ist eine politische und wissenschaftliche Agenda, die hier als *Intersektionalismus* bezeichnet wird und eine spezifische Antwort auf derlei Entwicklungen gibt. In deren Mittelpunkt steht das Postulat, Herrschafts- und Diskriminierungsverhältnisse politisch und analytisch als gleichrangige anzugehen, vor allem mit Fokus auf Aspekte der persönlichen Erfahrung und sozialen Position, verstanden als „Identität“, sowie Repräsentation. Über den Begriff der

Intersektionalität hinausgehend zielt die Bezeichnung *Intersektionalismus* auf eine gesellschaftsanalytische und zugleich normative, politisch-aktivistische Agenda.

Mit dieser versammelt der Intersektionalismus ein uneinheitliches politisches, publizistisches und kulturelles Spektrum: Seine unmittelbare Instrumentalisierung durch Unternehmen und Herrschaftsinstitutionen einmal ausgeklammert, reicht es von liberalen Stimmen bis zu Teilen der libertär-herrschaftskritischen und außerparlamentarisch-aktivistischen Linken, also von der Heinrich-Böll-Stiftung und Teilen der Grünen über journalistische Organe wie das *Missy Magazin*, Social-Media-Aktiven oder die linke Zeitschrift *analyse & kritik* bis zu Fraktionen sozialer Bewegungen, etwa der Klimabewegung, der Frauenstreik-Bündnisse oder der antirassistischen Bewegung. Auch in Teilen der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, der Partei Die Linke und der Rosa-Luxemburg-Stiftung erfahren entsprechende Ansätze Zuspruch. Der Impetus des scheinbar konsensstiftenden Kernpostulats der „intersektionalen“ Agenda lässt sich von linker Seite auch kaum beanstanden: Herrschaftsverhältnisse umfassend analysieren und bekämpfen – wer wollte diesem Anliegen ernsthaft widersprechen?

Dennoch soll der Intersektionalismus im Folgenden einer Kritik unterzogen werden. Zu monieren ist dabei keineswegs das Anliegen, Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse als zusammenhängende kenntlich zu machen und zu politisieren – die Absicht, sie möglichst umfassend anzugehen muss im Gegenteil als Chance für politische Bewegungen und unterstützenswertes Ziel begriffen werden. Kritikwürdig ist, *wie* und unter welchen Prämissen das geschieht: Im Intersektionalismus werden Ungleichheitsverhältnisse und ihre Überschneidung beschrieben, aber nicht erklärt; die Gesellschaftsanalyse erschöpft sich so – trotz anderslautendem Anspruch – im Aufsummieren von Diskriminierungsverhältnissen. Der grundlegende Stellenwert von Ausbeutungsverhältnissen und Klasseninteressen sowie ihre Vermittlung in Politik und Kultur lässt sich auf diese Weise nicht thematisieren. Auch der heute dringend erforderliche Anschluss an den Fundus materialistischer Analysen, etwa zu Rassismus oder Geschlechterverhältnissen, wird so blockiert. Der Intersektionalismus gibt daher keine Agenda für grundsätzlich gesellschaftskritische Analyse und Politik her.

Intersektionalität – Entstehung und Grundannahmen

Identität und Identitätspolitik

Der Zusammenhang von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen wird – wie etwa die Geschichte der proletarischen Frauenbewegung zeigt – nicht erst mit dem Konzept der Intersektionalität diskutiert. Die so bezeichneten Ansätze gehen auf soziale Bewegungen des US-amerikanischen *Black Feminism* sowie das *Combahee River Collective* (CRC) zurück und wurden dann – allerdings mit einer liberalen Agenda – maßgeblich durch die Arbeiten der US-Juristin Kimberlé Crenshaw, der Soziologin Patricia Hill Collins und der Literaturwissen-

schaftlerin bell hooks akademisiert.¹ Die Mitglieder des CRC, das zwischen 1974 und 1980 existierte, waren afroamerikanische Feministinnen, unter ihnen Barbara Smith, Demita Frazier und Beverly Smith als Hauptautorinnen eines bekannten Statements des Kollektivs von 1977. Sie erläutern darin den theoretisch-politischen Hintergrund ihrer Arbeit, der in der linksliberalen Intersektionalitätsliteratur vernachlässigt wird: „Wir erkennen, dass die Befreiung aller unterdrückten Völker die Zerstörung der politisch-ökonomischen Systeme des Kapitalismus und Imperialismus sowie des Patriarchats erfordert. Wir sind Sozialistinnen, weil wir glauben, dass die Arbeit zum kollektiven Nutzen derjenigen organisiert werden muss, die die Arbeit verrichten [...] und nicht für den Profit der Bosse. [...] Wir sind jedoch nicht überzeugt, dass eine sozialistische Revolution, die nicht auch eine feministische und antirassistische Revolution ist, unsere Befreiung garantieren wird. Wir stehen vor der Notwendigkeit, ein Verständnis von Klassenverhältnissen zu entwickeln, das die spezifische Klassenposition Schwarzer Frauen berücksichtigt.“²

Vor diesem Hintergrund formuliert das CRC die These, Systeme der „rassischen“, sexuellen, heterosexuellen und Klassen-Unterdrückung griffen ineinander. Worauf diese beruhen und wie sie genau zusammenhängen, bleibt allerdings offen (zur Kritik siehe Roldán Mendiola und Sarbo in diesem Heft). Dafür erläutern die Autorinnen die Form ihrer politischen Arbeit: Im *CRC-Statement* ist erstmalig die Rede von „Identitätspolitik“, wengleich „Identität“ in den USA bereits seit den 1960ern ein Begriff des Befreiungskampfes war, was von marxistischer Seite wohlwollend als Moment politischer Bewusstwerdung über die individuelle gesellschaftliche Stellung registriert wurde.³ Im Statement heißt es weiter: „Wir erkennen, dass die einzigen Menschen, die sich genug um uns kümmern, um konsequent für unsere Befreiung zu arbeiten, wir selbst sind. Diese Konzentration auf unsere eigene Unterdrückung artikuliert sich im Konzept der Identitätspolitik [...] im Gegensatz zur Arbeit, um die Unterdrückung anderer zu beenden.“ Barbara Smith stellte später klar, dass damit nicht gemeint war, Gruppen sollten ausschließlich identitätspolitisch arbeiten. Ebenso erklärte Demita Frazier, das Kollektiv habe mit der Arbeiterbewegung kooperiert.⁴

Identitätspolitik ist hier für die CRC-Autorinnen die bevorzugte Politikform; sie gehen primär von eigenen Erfahrungen aus, nicht von einem über eine sozialstrukturelle Position bestimmten „revolutionären Subjekt“. Neu war also nicht die Einsicht, dass Herrschaftsverhältnisse einander überlagern, sondern die Betonung eigener Erfahrung als Ausgangspunkt politischen Handelns. Anders als

¹ Intersektionalität war von Beginn an ein politisch-aktivistisches und theoretisches Konzept zugleich, dessen Ursprünge in den sozialen Bewegungen schwarzer Frauen der 1960er bis 1980er Jahre verortet werden (vgl. P. Hill Collins/S. Birge: *Intersectionality*. Cambridge u.a. 2016, S. 64ff.).

² The Combahee River Collective Statement (1977), <http://circuitous.org/scraps/combahee.html> (Übers., d.A.)

³ F. Hajek: Das Identitätsproblem im Befreiungskampf schwarzer USA-Bürger. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 1974, H. 7, S. 862–877

⁴ Vgl. A. Haider: *Mistaken Identity. Race and Class in the Age of Trump*. London 2018, S. 8f.

heute üblich, verband das CRC Identitätspolitik allerdings mit sozialistischen Forderungen und der Hoffnung auf eine Revolution.

Intersektionalität als akademisches Konzept

Geprägt wurde der (akademisierte) Intersektionalitätsbegriff von Kimberlé Crenshaw.⁵ Ihr Ausgangspunkt war das damalige US-Antidiskriminierungsrecht. Die Gerichte, so Crenshaw, ignorierten die Überschneidung der Diskriminierung von Afroamerikanerinnen, die gleichermaßen anlässlich ihrer Hautfarbe und ihres Geschlechts benachteiligt würden. Den Neologismus „intersectionality“ leitete sie von „intersection“, also Kreuzung ab. Für Crenshaw bedeutet er, mehrere „Achsen der Diskriminierung“ als sich wechselseitig konstituierende zu begreifen. Entsprechend kritisiert sie, die Frauenbewegung konzentrierte sich einseitig auf die Erfahrungen weißer Frauen, während die antirassistische Bewegung Geschlechterverhältnisse vernachlässigte. Intersektionalität ist im Kontext sozialer Bewegungen also ursprünglich ein Plädoyer für mehrdimensionale (Identitäts-)Politik. Anders als die CRC-Aktivistinnen ist Crenshaw keine Sozialistin – entsprechend ihrer juristischen Fragestellung geht es bei ihr um Diskriminierung, die sie innerhalb des gesetzlichen Rahmens sicht- und veränderbar machen will. Ihr Gegenbegriff zu Diskriminierung ist der des „Privilegs“, wie er von Peggy McIntosh bekannt gemacht wurde (siehe Prasad und Choonara in diesem Heft). Crenshaw geht davon aus, dass die gemeinsame Erfahrung von „Rasse“ sowohl „eine primäre Gruppenidentität als auch ein gemeinsames Gefühl, von außen angegriffen zu werden“, erzeuge.⁶ Kollektive Identität versteht sie damit als quasi unmittelbares Resultat von Gruppenzugehörigkeit und Erfahrung, was in mehrfacher Hinsicht problematisch ist: Erstens wird „Identität“ so als ein Phänomen verstanden, das ausschließlich oder überwiegend passiv entsteht, also durch das, was Menschen von anderen angetan wird; zweitens unterschätzt ein solches Verständnis die Verschiedenheit von Erfahrungen innerhalb einer Gruppe, und zwar selbst dann, wenn mehrere Merkmale in Betracht gezogen werden; drittens wird nicht berücksichtigt, dass Menschen aus denselben Erfahrungen unterschiedliche politische Schlussfolgerungen ziehen und etwa liberale, konservative oder sozialistische Lösungsansätze wählen können. Der Begriff der „Identität“, wie er im Anschluss an Crenshaw und im Rahmen des heutigen Intersektionalismus in der Regel gebraucht wird, legt damit nahe, den Zusammenhang zwischen sozialer Lage, persönlichen Erfahrungen und politischer Orientierung zu vereinfachen, indem er Auswirkungen gesellschaftlicher Verhältnisse unmittelbar zu einem persönlichen bzw. kollektiven Attribut verdinglicht.

Beiträge zur Intersektionalitätsdebatte zählen oft mehrere Ungleichheitsverhältnisse auf, ein rein *additives* Verständnis von Diskriminierungserfahrungen wird aber meist abgelehnt. Nira Yuval-Davis betont, dass soziale Spaltun-

⁵ K.W. Crenshaw: Die Intersektion von „Rasse“ und Geschlecht demarginalisieren: Eine Schwarze feministische Kritik am Antidiskriminierungsrecht, der feministischen Theorie und der antirassistischen Politik. In: H. Lutz et al. (Hrsg.), Fokus Intersektionalität, Wiesbaden 2013 [1989], S. 35–58.

⁶ Crenshaw, a.a.O., S. 50.

gen sich „gegenseitig konstituieren und ineinander verwoben sind, obwohl sie jeweils ihre eigenen separaten Diskurse haben und nicht aufeinander reduzierbar“ seien.⁷ Die Kreuzung von Unterdrückungsverhältnissen schaffe keine *zusätzliche* Diskriminierung, sondern eine eigenständige *neue* samt entsprechender Erfahrungen und Identitäten. Ursprung und Konstitution der Herrschaftsverhältnisse *vor* ihrer Kreuzung werden dabei jedoch nicht erklärt. Außerdem variiert, welche Ungleichheitsverhältnisse über „Race“, *Class* und *Gender* hinaus als zentrale identifiziert werden – und aufgrund welcher Kriterien.

Ebenen der „Intersektion“

Unklar bleibt meist auch, auf welcher Ebene die Überlagerung der Ungleichheitsverhältnisse eigentlich gedacht werden soll: Sind es die analytischen Kategorien, die sich überschneiden und „intersektional“ begriffen werden, sind es Identitäten oder die sozialen Verhältnisse selbst? Leslie McCall hat drei methodologische Ansätze unterschieden: *Antikategoriale* Ansätze zielten auf eine Dekonstruktion analytischer Kategorien selbst, deren begriffliche Fixierungen per se als problematische Reduktion der Realität verstanden werden; *intrakategoriale* Ansätze zielten darauf, verschiedene soziale Ungleichheiten innerhalb von sozialen Gruppen – etwa Frauen, Schwarzen oder Homosexuellen – sichtbar zu machen; *interkategoriale* Ansätze konzentrieren sich auf die Beziehungen zwischen den Kategorien und sozialen Gruppen, die diese konstituieren. McCall, die selbst für eine interkategoriale Vorgehensweise optiert, zeigt damit auch die sozialtheoretische Vielfalt von Intersektionalitätskonzeptionen auf. Bis heute gibt es in der Debatte keinen Konsens über die Frage der Ebenen der „Intersektion“. Gemein ist den genannten Ansätzen allerdings, dass sie nicht entwickeln, in welchem gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang die analytischen Kategorien, Identitäten oder sozialen Verhältnisse eigentlich produziert und reproduziert werden, die dann „intersektional“ zu betrachten seien.

Gesellschaft: die Summe diskriminierender Institutionen?

Werden Ebenen sozialer Realität klarer genannt, bleiben sowohl deren Verhältnis als auch der zugrundeliegende Gesellschaftsbegriff unklar. Hill Collins hat die sozialwissenschaftliche Intersektionalitätsdebatte unter anderem um das Konzept der „Herrschaftsmatrix“ ergänzt. Mit ihm soll konkret untersucht werden, wie die „sich überschneidenden Unterdrückungen tatsächlich organisiert sind“.⁸ Hill Collins unterscheidet die Strukturebene (Justiz, Arbeits- und Wohnungsmärkte, Bildungseinrichtungen usw.) sowie Bereiche der Disziplinierung und Hegemonie (Kultur, Ideologie, Common Sense), außerdem einen Bereich der interpersonellen Beziehungen und des Alltagshandelns. Alle diese Ebenen,

⁷ K. Guidroz/M.T. Berger: A Conversation with Founding Scholars of Intersectionality – Kimberlé Crenshaw, Nira Yuval-Davis, and Michelle Fine, in: Dies. (Hrsg.) *The Intersectional Approach. Transforming the Academy through Race, Class, and Gender*, Chapel Hill 2009, S. 65.

⁸ P. Hill Collins: *Black Feminist Thought*, New York/London 2002 (2. A.), S. 18 (Übers. d. A.).

insbesondere die Institutionen und ihre Regelwerke seien zum Nachteil schwarzer Frauen konfiguriert. Collins berücksichtigt auch klassenförmige Herrschaft, allerdings verkürzt auf Benachteiligung aufgrund der sozialen Lage. Ökonomie und Produktionsverhältnisse werden damit allenfalls als Teil vage bestimmter sozialer Institutionen und Ausbeutung als Bestandteil von Herrschaft begriffen. Die zentralen sozialen Verhältnisse und ihre Strukturierung werden vielmehr in der Gesamtheit sozialer Institutionen und deren Regelwerk ausgemacht. Gesellschaft muss dann als Summe der – von diskriminierenden Regeln durchzogenen – Institutionen erscheinen. Eine dynamische gesellschaftliche Struktur im Sinne sozioökonomischer Produktionsbeziehungen, die sich gegenüber den Einzelnen als Klassenstruktur verdinglicht haben, existiert nicht. Entsprechend können auch etwa Kultur oder Politik nicht als mit dieser Struktur – innerhalb derer sie Mittel zur Aufrechterhaltung der Ausbeutungsverhältnisse und Terrain sozialer Auseinandersetzungen sind – vermittelte Felder verstanden werden.

Zusammengefasst: Kernpostulate der Intersektionalität

Trotz aller Heterogenität und Unklarheiten lassen sich Kernprämissen von Intersektionalitätsansätzen ausmachen. Ashley J. Bohrer nennt sechs zentrale Postulate: *Erstens* betone Intersektionalität „die Untrennbarkeit von Unterdrückungsformen“ und kritisiere ein Denken entlang nur einzelner Konfliktachsen; die Kategorien Race, Gender, Klasse sowie entsprechende Herrschaftsverhältnisse seien konstitutiv für einander und begrifflich nicht zu trennen. *Zweitens* sei kein Unterdrückungsverhältnis ontologisch, politisch oder hinsichtlich seiner Erfahrung wichtiger als die anderen und auch nicht einseitig ursächlich für diese; für Theorie und Politik heiße dies, keine Form von Unterdrückung könne ohne alle anderen behandelt werden. *Drittens* erfordere Intersektionalität, Herrschaft auf mehreren Ebenen zu denken – neben der individuellen spiele die strukturelle, repräsentative und diskursive Ebene gleichermaßen eine Rolle. Dabei sei *viertens* Identität wichtig; anders als Zerrbilder von Identitätspolitik glauben ließen, begreife Intersektionalität Identität als „vielschichtig ausgeprägt, gruppenbasiert, historisch spezifisch konstituiert und heterogen“. *Fünftens* gebe Intersektionalität theoretische Orientierung, sei aber nicht als akademische Theorie, sondern in der aktivistischen Praxis entstanden; entsprechend sei sie *sechstens* eine Kritik von Macht und ebenso eine Quelle von Gegenmacht.⁹

Deutschsprachige Debatte: Kritik und Weiterentwicklung

Im deutschsprachigen Raum wird Intersektionalität vor allem seit den 2000er-Jahren als Frage nach dem Zusammenhang von Klasse, Ethnizität und Geschlecht rezipiert. Insbesondere Cornelia Klinger, Gudrun-Axeli Knapp sowie Gabriele Winker und Nina Degele diskutieren dabei den gesellschaftstheoretischen Gehalt des Konzepts.

⁹ Alle Zitate: A. J. Bohrer: *Marxism and Intersectionality. Race, Gender, Class and Sexuality under Contemporary Capitalism*, Bielefeld 2019, S. 91–95 (Übers. d. A.).

Klinger und Knapp betonen mehrfach, es sei „unverzichtbar, das Problem der Intersektionalität gesellschaftstheoretisch zu präzisieren“, um nicht nur auf der mikrosozialen Ebene von Identität und Erfahrung zu bleiben; zu klären sei, wie die sich kreuzenden Achsen der Ungleichheit „in der Sozialstruktur und in der institutionellen Verfasstheit einer gegebenen Ökonomie und Gesellschaft, im nationalen sowohl als im transnationalen Kontext verbunden“ seien.¹⁰ Die „fehlende Ausarbeitung der soziostrukturellen Grundlagen“ der Begriffe Klasse, Rasse und Geschlecht zeige sich, sobald es um deren konkreten Zusammenhang gehe.¹¹ Klinger hatte zuvor angemahnt, es sei „sinnlos, auf die sich überlagernden oder durchkreuzenden Aspekte von Klasse, Rasse und Geschlecht in den individuellen Erfahrungswelten hinzuweisen, ohne angeben zu können, wie und wodurch Klasse, Rasse und Geschlecht als gesellschaftliche Kategorien konstituiert sind“.¹² Sie plädiert daher für einen „Kurswechsel in der Intersektionalitätsdebatte“, um Identitätskategorien als soziale Strukturkategorien zu erschließen: Die „personalen Kategorien Klasse, Geschlecht und Ethnizität/Rasse“ entsprächen den Strukturkategorien Kapitalismus, Patriarchat und Nationalismus; ohne die Rückbindung an diese hingen sie als Identitätskategorien in der Luft.¹³ Dazu müssten die Strukturkategorien reformuliert und von „binären Relationen“ wie Kapital/Arbeit oder Mann/Frau befreit werden.¹⁴ Was das bedeuten würde und inwiefern Patriarchat und Nationalismus als dem Kapitalismus gleichrangige Strukturkategorien begriffen werden können, lässt Klinger jedoch offen.

Auch der von Winker und Degele vorgeschlagene „Mehrebenenansatz“ soll Sozialstrukturen mit „Prozessen der Identitätsbildung“ vermitteln.¹⁵ Die Autorinnen identifizieren vier zentrale Kategorien sozialer Ungleichheit innerhalb des Kapitalismus (Geschlecht, Klasse, „Rasse“ und Körper), setzen allerdings „den Kapitalismus ‚vor die Klammer‘“, um „innerhalb eines konkreten kapitalistisch organisierten Raums die Bedeutungen und Funktionen der Strukturkategorien und der damit verbundenen Herrschaftsverhältnisse auch in ihren Wechselwirkungen untersuchen“ zu können.¹⁶ Innerhalb kapitalistischer Akkumulation, so Winker und

¹⁰ G.-A. Knapp: »Intersectionality« – ein neues Paradigma feministischer Theorie? Zur transatlantischen Reise von »Race, Class, Gender«, in: *Feministische Studien* 1/2005, S. 68–81, hier S. 75.

¹¹ C. Klinger/G.-A. Knapp: Achsen der Ungleichheit – Achsen der Differenz: Verhältnisbestimmungen von Klasse, Geschlecht, »Rasse«/Ethnizität, in: Dies./B. Sauer (Hrsg.): *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*. Frankfurt a.M./New York 2007, S. 19–41, hier S. 36.

¹² C. Klinger: Ungleichheit in den Verhältnissen von Klasse, Rasse und Geschlecht, in: G.-A. Knapp/A. Wetterer (Hrsg.): *Achsen der Differenz. Gesellschaftstheorie und feministische Kritik II*, Münster 2003, S. 14–48, hier S. 25.

¹³ C. Klinger: Überkreuzende Identitäten – Ineinandergreifende Strukturen. Plädoyer für einen Kurswechsel in der Intersektionalitätsdebatte, in: Dies./G.-A. Knapp (Hrsg.): *Überkreuzungen. Fremdheit, Gleichheit, Differenz*. Münster 2008, S. 38–67, S. 54.

¹⁴ Klinger a.a.O.: S. 56.

¹⁵ G. Winker/N. Degele: *Intersektionalität. Zur Analyse sozialer Ungleichheiten*, Bielefeld 2009, S. 18.

¹⁶ G. Winker/N. Degele: a.a.O., S. 37.

Degele, würden Zugänge zum Arbeitsmarkt, Lohndifferenzierungen und Reproduktionsarbeit entlang der vier Strukturkategorien realisiert. Diese trügen so zur für das Kapital möglichst kostengünstigen Verwertung der Ware Arbeitskraft bei. Im Gegensatz zu anderen Ansätzen fassen Winker und Degele Gesellschaft nicht als Gesamtheit sich überlagernder Ungleichheitsverhältnisse, sondern gehen davon aus, dass Ungleichheitsverhältnisse durch die kapitalistische Akkumulationslogik geformt werden. Klassenförmige Mehrwertproduktion wird dabei zurecht als zentrales strukturierendes Moment genannt, konzeptuell jedoch nicht ausreichend entwickelt, weil eher Fragen des Zugangs zu Ressourcen und (Arbeits-)Marktchancen statt der Kapitalakkumulation selbst behandelt werden. Dies dürfte auch daran liegen, dass der Klassenbegriff tendenziell auf „Klassismus“ und die Stellung auf dem Arbeitsmarkt reduziert und mit den Kategorien Geschlecht, „Rasse“ und Körper qualitativ gleichgesetzt wird. So kann allerdings nicht hinreichend begründet werden, warum der Kapitalismus eigentlich ‚vor die Klammer‘ gesetzt werden muss und wie das Kapital-Verhältnis Gesellschaft genau strukturiert.

Gesellschaftstheoretische Mängel – politische Konsequenzen

In der Regel wird Intersektionalität nicht als eigenständige Gesellschaftstheorie, sondern als Analyseinstrument und Methode verstanden. Ungeachtet dessen müssen jedoch gesellschaftstheoretische Mängel entsprechender Ansätze kritisiert werden, weil der Intersektionalismus als normatives Programm für die Gesellschaftsanalyse und Kritik angeblich eindimensionaler Sozialtheorien auftritt. Daraus resultieren zugleich folgenreiche politische Konsequenzen.

Beschreibung statt Erklärung von Herrschaft

„Intersektionalität“ liefert allenfalls eine Beschreibung, aber keine Erklärung von Ungleichheitsverhältnissen, ihrem Zusammenhang oder Wandel. Zwar werden mitunter Funktionsweisen und die Geschichte einzelner Unterdrückungsverhältnisse dargestellt. Über deren Konstitution wie auch die Gründe ihres Wandels – inwiefern etwa die historisch und geographisch spezifische Gestaltung rassistischer Ideologie und patriarchaler Geschlechterverhältnisse mit Veränderungen in den Produktions- und internationalen Ausbeutungsverhältnissen zusammenhängen – geben Intersektionalitätsansätze keine Auskunft. So bleibt unklar, was der dynamische und strukturierende Faktor im Zusammenhang von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen ist und warum ihr Verhältnis in verschiedenen historischen Gesellschaftsformationen unterschiedlich ausfällt. Trotz gegenteiliger Proklamation mündet „intersektionale“ Gesellschaftsanalyse so in eine Aufzählung von Herrschaftsverhältnissen und „Identitäten“, deren Überschneidung letztlich nur tautologisch gefasst werden kann: Herrschaftsverhältnisse kreuzen sich, weil sie sich eben kreuzen.

Fehlender Gesellschaftsbegriff

Dies liegt auch am bereits genannten Problem, dass die meisten Intersektionalitätsansätze keinen klaren Begriff von Gesellschaft oder gesellschaftlicher Totalität

lität ausweisen.¹⁷ Die zentralen sozialen Verhältnisse, auf die sie implizit abstellen, sind ein relativ unbestimmtes Nebeneinander von Ungleichheitsverhältnissen, das wahlweise in diskriminierenden Ideologien, Kultur, Sprache oder der Gestaltung sozialer Institutionen gründen soll. In der Folge bleibt analytisch unklar, was die zentralen strukturierenden Faktoren sind, die Unterdrückungsverhältnisse und ihren Zusammenhang beeinflussen.

Ohne Begriff von Gesellschaft und ihren Strukturprinzipien lässt sich aber auch kein Ansatzpunkt für politische Strategien finden, mit denen Klassen- und Unterdrückungsverhältnissen erfolgreich begegnet werden kann. Die politische Agenda des Intersektionalismus erschöpft sich daher oft im Aufzählen diverser Anti-Ismen. Wo darüber hinaus gegangen wird, gelten Identität, Ideologie, Kultur, Sprache, Gesetze, institutionelle Regelwerke und Ökonomie als politisch und analytisch gleichermaßen zentral. Dieser vermeintliche Vorteil läuft jedoch darauf hinaus, dass keine politischen Hebelpunkte für gesamtgesellschaftliche Veränderungen identifiziert werden können (siehe Wallis in diesem Heft).

Gleichrangigkeit von Ungleichheiten als Dogma

Die politische und analytische Gleichrangigkeit aller gesellschaftlichen Ungleichheitsverhältnisse, die zu den Kernpostulaten des Intersektionalismus gehört, wird eher dogmatisch gesetzt als theoretisch begründet oder empirisch belegt. Qualitative Differenzen zwischen Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnissen werden nivelliert und ihr struktureller Zusammenhang eher verwischt als klarer gefasst. So wird die Analyse der Strukturierung etwa von Reproduktions-, Geschlechter- und Naturverhältnissen durch Produktions- und Klassenverhältnisse theoretisch ausgeklammert und mit politisch-normativer Hierarchisierung verwechselt. Der regelmäßig gegenüber dem Marxismus erhobene – und nur selten mit Belegen versehene – Vorwurf, Ungleichheitsverhältnisse würden aufgrund eines „ökonomistischen“ Gesellschaftsverständnisses in ‚Haupt- und Nebenwidersprüche‘ eingeteilt, übersieht jedoch: Aus der notwendigen Analyse und Kritik des grundlegenden gesellschaftlichen Vermittlungs- und Strukturzusammenhanges verschiedener Herrschaftsformen folgt weder deren politisch-moralische Abwertung als ‚weniger schmerzhaft‘ oder ‚weniger wichtig‘, noch ein zeitlicher Aufschub ihrer Bekämpfung.

Tatsächlich schrieb Marx, es sei in allen Gesellschaftsformen „eine bestimmte Produktion“, die „allen übrigen, und deren Verhältnisse daher auch allen übrigen, Rang und Einfluss anweist. Es ist eine allgemeine Beleuchtung, worin alle übrigen Farben getaucht sind und [die] sie in ihrer Besonderheit modifiziert. Es ist ein besonderer Äther, der das spezifische Gewicht alles in ihm hervorstehenden Daseins bestimmt“.¹⁸ Ähnlich erklärte Engels, die Produktion und Reproduktion des wirklichen Lebens sei zwar das „in letzter Instanz bestimmende Moment in der Geschich-

¹⁷ E. Schneider: Intersektionalität und marxistische Gesellschaftstheorie, in: Prokla, 2013, Nr. 172, S. 381–400.

¹⁸ K. Marx: Einleitung zur Kritik der politischen Ökonomie [1857], in: MEW 13, S. 615–642, S. 637.

te“: Aber: „Wenn nun jemand das dahin verdreht, das ökonomische Moment sei das einzig bestimmende, so verwandelt er jenen Satz in eine nichtssagende, abstrakte, absurde Phrase“; die ökonomische Lage sei die Basis der Gesellschaft und Sozialkonflikte, aber „die verschiedenen Momente des Überbaus“ – Politik, Recht, Moral oder Ideologie – wirkten ebenfalls auf den Verlauf der geschichtlichen Kämpfe und bestimmten „in vielen Fällen vorwiegend deren Form“. ¹⁹ Damit ist also gerade nicht gesagt, dass alle sozialen Verhältnisse auf Produktions- und Klassenverhältnisse reduzierbar seien oder von diesen determiniert würden. Sie bestehen aber eben auch nicht unabhängig von ihnen, sondern werden „in letzter Instanz“ von ihnen strukturiert und verändert. In elaborierteren historisch-materialistischen Theorien und Analysen etwa von Rassismus oder Geschlechterverhältnissen ist diese Differenzierung klar getroffen worden: So hat Ursula Beer beispielsweise argumentiert, dass das Geschlechter- durch das kapitalistische Klassenverhältnis geformt werde – was aber ein theoretisches Verständnis ihres Zusammenhangs und keine unmittelbare politische Handlungsanweisung im Sinne moralischer Bevorzugung sei. ²⁰

Aufgrund des Dogmas der Gleichrangigkeit aller Ungleichheitsverhältnisse wird in der Intersektionalitätsdebatte auch der Zusammenhang verschiedener Herrschaftsverhältnisse nur oberflächlich oder phänomenologisch, etwa anhand ähnlicher differenzlogischer Funktionsweisen oder Exklusionspraktiken, gefasst. In der politisch-aktivistischen Praxis des Intersektionalismus wird das Dogma der Gleichrangigkeit zudem oft präskriptiv gewendet: Alle „Achsen“ sozialer Ungleichheit müssen im politischen Handeln zu jedem Zeitpunkt reflektiert und unabhängig vom konkreten Kontext auch einbezogen werden – ein Anliegen, das aber weder theoretisch noch strategisch begründet wird und daher oft als Selbstzweck erscheint. Oft scheint das Postulat der Gleichbehandlung innerhalb politischer Gruppen und Bündnisse als Instrument zur Austragung potenzieller Interessenkonflikte zu fungieren. Interessen werden dabei nur in Konkurrenz zueinander gedacht, so als sei der Nutzen für die einen zwingend ein Nachteil für andere. Notwendig wäre demgegenüber ein Horizont verallgemeinerbarer Interessen. So sind etwa tarifizierte Lohnungleichheit unabhängig vom Geschlecht, ein Ende von Polizeigewalt, ein inklusives Bildungssystem samt der erforderlichen finanziellen Ausstattung oder selbstbestimmte und bezahlbare Pflege im Interesse großer Teile der Bevölkerung. Folglich gilt es, die unter kapitalistischen Verhältnissen nahegelegten Partikularinteressen, durch die verschiedene Betroffenenengruppen in Gegensatz zueinander geraten, in verallgemeinerbaren Interessen aufzuheben.

Verengung auf Diskriminierungs- und Identitätsfragen

Ausbeutung und Unterdrückung werden im Rahmen des Intersektionalismus diskriminierungstheoretisch verengt und allein auf der Ebene von Identität und Erfahrung verhandelt. Dies gilt auch für Klassenverhältnisse, die meist im Sinne so-

¹⁹ F. Engels: Brief an Joseph Bloch, 21./22. September 1890, in: MEW 37, S. 462–465, hier S. 463.

²⁰ U. Beer: Das Geschlechterverhältnis ein „Nebenwiderspruch“? In: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF) (Hrsg.): Klasse und Geschlecht. Frankfurt/Main 1989, S. 67–71.

zialer Benachteiligung und schlechter Marktchancen als „Klassismus“ gefasst werden (siehe Hezel und Güßmann in diesem Heft). Der strukturelle Zusammenhang etwa von Produktions- und Reproduktionsverhältnissen mit Geschlechterverhältnissen und -identitäten (siehe Gimenez sowie Lucht und Steinrücke in diesem Heft) lässt sich im Modus von Antidiskriminierung aber nicht fassen, und die theoretische Vermittlung von subjektiver Erfahrung, „Identität“ und sozioökonomischer Grundstruktur der Gesellschaft ist mit dem Instrumentarium der Intersektionalitätsansätze nicht zu leisten.²¹

Die Politisierung gesellschaftlicher Widersprüche vorrangig oder allein als Anerkennungs- und Repräsentationsfragen ist deshalb im verkürzten Zugriff auf soziale Strukturverhältnisse angelegt. Zu kritisieren ist wohlgerne nicht, dass Erfahrung und subjektive Betroffenheit zum Ausgangspunkt politischen Handelns werden – da sie so jedoch auch dessen Hauptbezugspunkt bleiben, können sie nicht als Erfahrungsformen der ursächlichen kapitalistischen Verhältnisse gefasst werden, deren Umwälzung Bedingung für einen gesellschaftlichen Zustand wäre, „in dem man ohne Angst verschieden sein kann“.²² Stattdessen steht oft die eigene „Positioniertheit“ im Rahmen von „Privilegien“ und deren Reproduktion durch Sprache und Verhalten im Mittelpunkt; der politische Fokus wird so auf individuelles Handeln statt auf die sozialen Ursprünge von Unterdrückungsverhältnissen gelegt. Trotz mitunter gegenteiliger Absichten oder radikaler Rhetorik harmoniert der Intersektionalismus in seiner hegemonialen Form deswegen nicht zufällig mit kapitalkonformen Diversity-Programmen, die auf die Vereinnahmung emanzipativer Anliegen zielen. Dass es auch reaktionäre und konservative Polemiken gegen „Identitätspolitik“ gibt, die sich gegen die Interessen von Marginalisierten überhaupt richten, nicht gegen die konkrete Form ihrer Politisierung, schmälert nicht die Notwendigkeit linker Kritik daran.

Erneuerung materialistischer Analyse statt Intersektionalismus

Der Intersektionalismus gibt weder Aufschluss über den Zusammenhang von Ausbeutungs- und Unterdrückungsverhältnissen, noch lässt sich auf seiner Grundlage eine politische Strategie zu ihrer Aufhebung formulieren. Produktions- und Klassenverhältnisse werden nicht als gesellschaftsstrukturierende gefasst und soziale Konfliktlinien vorrangig im Modus von Anerkennung, Repräsentation und Chancengleichheit politisiert. Das macht den Intersektionalismus trotz aller Heterogenität zu einem im Kern linksliberalen Projekt, das gegenüber dem modernen Kapitalismus und dessen Tendenz zur repressiven Toleranz und Vereinnahmung potentiell subversiver Impulse nicht oppositionsfähig ist.

Dies bedeutet jedoch nicht, die im Kern progressive Absicht zur Bildung politischer Bündnisse und Diskussion gemeinsamer Interessen und Perspektiven zu

²¹ Eine Ausnahme bildet hier der Ansatz von Winker und Degele, der diese Vermittlung unter Rückgriff auf Bourdieus Praxeologie und Habituskonzept versucht (a.a.O.: S. 63ff.).

²² T.W. Adorno, *Minima Moralia. Reflexionen aus dem beschädigten Leben*, Frankfurt/Main 2001 [1951], S. 184f.

delegitimieren, die zum Teil von sozialen Bewegungen und politisch Aktiven mit dem Schlagwort „Intersektionalität“ assoziiert werden. Die Kritik muss der politisch-theoretischen Agenda des Intersektionalismus gelten – nicht dem Ziel, Kämpfe gegen Klassen- und Unterdrückungsverhältnisse zusammenzuführen und dabei möglichst viele Menschen einzubeziehen.

Die richtige Antwort auf den Intersektionalismus kann daher auch keine Form selbstgenügsamer Abgrenzung von Identitätspolitik und Linksliberalismus sein, die nur ostentativ linke Traditionen oder den Kanon des Marxismus beschwört. Vielmehr gilt: Marxistische Theorie zu verteidigen heißt, sie produktiv anzuwenden. In diesem Sinne wären Versäumnisse aufzuarbeiten und Analysen zu erneuern. Dazu muss der Fundus materialistischer Theorien und Analysen etwa des Rassismus oder der Geschlechterverhältnisse neu erschlossen und aufbereitet werden, der weitgehend brachliegt und durch den Intersektionalismus heute noch weiter marginalisiert wird.

Entsprechend eines historisch-materialistischen Begriffs gesellschaftlicher Totalität müssen die Produktions- und Klassenverhältnisse dabei als grundlegend strukturierender, aber nicht alleinig wirkender Faktor kapitalistischer Unterdrückungsverhältnisse begriffen werden, um ihren Zusammenhang analysieren und auch erklären zu können. So argumentiert etwa Martha E. Gimenez in diesem Heft, dass nicht alle Unterdrückungsverhältnisse mit dem Kapitalismus entstanden sind; aber erstens verändern sie sich mit den Produktions- und Klassenverhältnissen, und zweitens ändern Kämpfe etwa allein gegen die Diskriminierung von Frauen letztlich nur deren Erscheinung, solange die ökonomische Basis nicht zum Ausgangspunkt feministischer und anderer Kämpfe gemacht wird. Auch hier gilt: Diese Frage nach grundlegender strategischer Orientierung ist nicht mit der nach Legitimität und Dringlichkeit von Politik im Interesse von Frauen oder Marginalisierten zu verwechseln. Ähnlich argumentieren Eleonora Roldán Mendivil und Bafta Sarbo in diesem Heft, dass sich Rassismus trotz seiner relativen Eigenständigkeit mit den Produktions- und Klassenverhältnissen wandle – weshalb ein liberaler Antirassismus nicht ausreiche.

Zuletzt muss der Zusammenhang von Produktions- und Klassenverhältnissen mit der Ebene von Lebensweisen, Subjektivität und Identität (wieder) materialistisch gefasst werden. So lässt sich anknüpfend an Gramsci argumentieren, dass Kultur, Politik und Ideologie auf der Grundlage historisch konkreter Realitäten entstehen und es daher unerlässlich für politisch-historische Analysen ist, das Verhältnis zwischen dem Ganzen der kapitalistischen Gesellschaftsformation einerseits und den besonderen politischen Verhältnissen andererseits zu erfassen. Alles andere führe „entweder dazu, Ursachen als unmittelbar wirkend darzustellen, die statt dessen mittelbar wirken, oder zu behaupten, die unmittelbaren Ursachen seien die einzigen wirkenden Ursachen“.²³ Davon ausgehend wäre eine am historischen Materialismus geschulte Politik gegen Ausbeutung und Unterdrückung weder ökonomistisch noch überschätze sie

²³ A. Gramsci, Gefängnishefte, Band 7, 12. bis 15. Heft, Hamburg 2012 [1975], S. 1557.

das „freiwillige“ und individuelle Element“²⁴ im Kampf gegen Herrschaftsverhältnisse.

Mit Gramsci könnte auch die von Patricia Hill Collins aufgeworfene Frage nach dem herrschaftsförmigen Zusammenhang von Institutionen, Kultur, Ideologie oder Diskursen klassentheoretisch untermauert werden. Frei nach Marx und Engels ließe sich argumentieren, dass die herrschende Klasse, welche „die Mittel zur materiellen Produktion zu ihrer Verfügung hat“²⁵, damit ebenso über die wichtigsten Mittel geistiger und kultureller Produktion verfügt. Sie hat zwar kein Monopol auf die Gestaltung von Politik, Kultur oder Ideologie – doch das Terrain, auf dem Auseinandersetzungen um diese geführt werden, ist klassenförmig strukturiert. Wer also etwa die Kräfteverhältnisse im Kampf gegen rassistische, geschlechtsspezifische oder andere Formen von Unterdrückung verschieben will, darf nicht von deren materiellen Bedingungen und vom Interesse an ihrem Erhalt zur Stabilisierung von Ausbeutungsverhältnissen abstrahieren,²⁶ sondern müsste den Klassenkonflikt „nach seinen drei Seiten hin – nach der theoretischen, der politischen und der praktisch-ökonomischen“ angehen.²⁷

Damit könnte marxistische Theorie helfen, gesellschaftliche Widerspruchsfelder (wieder) mit einer sozialistischen Agenda zu politisieren, ohne ihren Zusammenhang nur als beliebiges Nebeneinander zu fassen. Entsprechende Ansätze zur Verbindung von Ausbeutungs- und Unterdrückungsfragen hat es in der Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Bewegung immer wieder gegeben – sie sind aber vergessen, nicht weiter ausgearbeitet und auch aktiv marginalisiert worden.²⁸ Eine entsprechende Erneuerung sozialistischer Politik, die Identitäts- auch als Klassenfragen stellen kann, wird jedoch nur in Abgrenzung vom linksliberalen Intersektionalismus stattfinden können.

²⁴ A. Gramsci, Gefängnishefte, Band 3, 4. und 5. Heft, Hamburg 2012 [1975], S. 494.

²⁵ K. Marx und F. Engels, Die deutsche Ideologie [1845/46], in: MEW 3, S. 46.

²⁶ Wie Gramsci anmerkt, lassen sich Kräfteverhältnisse nicht abstrakt-tautologisch erklären: „Man liest oft (...) den allgemeinen Ausdruck: günstiges oder ungünstiges ‚Kräfteverhältnis‘. Derart abstrakt erklärt dieser Ausdruck nichts oder fast nichts“ A. Gramsci, Gefängnishefte, Band 3, 4. und 5. Heft, Hamburg 2012 [1975], S. 495.

²⁷ F. Engels, Ergänzung der Vorbemerkung von 1870 zu „Der deutsche Bauernkrieg“, in: MEW 18, 512–517, hier S. 516f.

²⁸ Allen heutigen Zerrbildern zum Trotz zeigt die Geschichte der sozialistischen und kommunistischen Bewegungen, dass etwa Frauen, nicht-weiße und Menschen diverser Geschlechtsidentitäten bereits früh Aktive und Adressaten sozialistischer Politik waren. Vgl. M. Zander: Gegen jede Unterdrückung. Historische Alternativen zur Gegenüberstellung von Klassen- und Identitätspolitik, in: S. Friedrich/Redaktion analyse & kritik, hrsg., Neue Klassenpolitik. Linke Strategien gegen Rechtsruck und Neoliberalismus 2018, Berlin, S. 70–77.